

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

27.9.1866 (No. 230)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 27. September.

N. 230.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einkaufungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Auf das mit dem 1. Oktober beginnende vierte Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Deutschlands und der Schweiz fortwährend Bestellungen an.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Telegramme.

† **Stuttgart**, 26. Sept. Präsident Meier's Antrittsrede mahnt bei der Neugestaltung der deutschen Verhältnisse jede Gefühlspolitik bei Seite zu lassen und den Thatfachen Rechnung zu tragen. Die Abgg. Güttingen, Schott, Wittenberg und Weiß protestiren, daß die Ansicht des Präsidenten die Ansicht der Mehrheit sei. Der Friedensvertrag wird vorgelegt und Verwilligung der Kriegskontribution verlangt.

† **Stuttgart**, 26. Sept. Die Abgeordnetenkammer hat die Erlassung einer Adresse beschlossen. Von dem Stuttgarter Volksverein ist eine Bitte um Untersuchung der Kriegsführung eingelaufen.

† **Kassel**, 26. Sept. Der „Hess. Morg.-Ztg.“ zufolge sind der Vorstellung von 12 Ständegleibern an das Gouvernement um Einberufung der Stände während der Zeit des Uebergangszustandes weitere 22 Abgeordnete beigetreten. — Der Bürgerausschuß ersucht den Stadtrath, am Tag des Vollzugs der Bereinigung Kurheffens mit Preußen die städtischen Gebäude zu schmücken.

† **Berlin**, 26. Sept. Abgeordnetenhause. Der Minister des Innern beantragt Vertagung des Hauses vom 27. d. Mts. bis 12. November. Inzwischen sollen neue Vorlagen vorbereitet werden. Der Minister sprach aus, die Regierung sei bereitigt von der Erlebigung der diesmaligen Landtags-Vorlagen, und bege den Wunsch, die nächste Session möge kurz sein, um dem Reichstag des Norddeutschen Bundes Platz zu machen. Das Haus stimmte ohne Diskussion dem Vertagungsantrage zu.

Wien, 26. Sept. (A. Ztg.) Kaiser und Kaiserin sind aus Jschl hier eingetroffen. Der König von Sachsen wird morgen nach Passau gehen. Wegen (sächsischer) Truppentransporte wird die Bahnstrecke Wien-Passau auf einige Tage die Güterbeförderung einstellen.

Graf Wimpfen ist zum österreichischen Gesandten in Berlin designirt. Die Finanzangelegenheit zwischen Oesterreich und Italien ist geordnet. Italien zählt 35 Millionen baar.

Deutschland.

Karlsruhe, 26. Sept. Den vereinzelten Nachrichten gegenüber, welchen wir über die Cholera begegnen, geben wir gern eine Mittheilung aus den gesammelten Thatfachen über deren weiteren Verlauf im Großherzogthum. So hart auch einzelne Gegenden betroffen sind, so können wir doch einerseits eine entschiedene Abnahme und auf der andern eine bis jetzt ziemlich brisante Begrenzung bemerken.

In den Gegenden, welche die Krankheit in Folge des Krieges zuerst ergriff, mildert sich sowohl ihre Heftigkeit wie ihr Umfang. In den Orten auf der Höhe des rechten Tauberufers, in dem sog. Gau, scheint sie sich zu erschöpfen. Schön-

feld hatte nach 52 Todesfällen nur seit dem 15. Sept. nur noch einen; die später ergriffenen, Gerchsheim und Jmshausen, in geringer Heftigkeit noch fort, jenes zählt 26 Tode, dieses 7. Grünfeld erholt sich ebenfalls und Gerlachshausen war nie stark befallen. Auch in dem heftig heimgesuchten Dittigheim, zunächst Tauberbischofsheim, wo man 190 Erkrankungen und 70 Todesfälle zählte, hat es ausgetobt, da seit 9. d. M. kein Zugang mehr erfolgte. Auch Wertheim, das ohnehin nicht allgemein inficirt war und nur 26 Todesfälle hatte, wird mehr und mehr frei. Freudenberg hat kaum noch neuen Zugang (21 Tode auf 38 Kranke), von Kilsheim werden 8 Todesfälle gemeldet.

Am heftigsten leidet noch Wallbörn, wo die letzte Zählung 530 Kranke und 80 Sterbefälle verzeichnete. Außer einer früheren ärztlichen Aushilfe, welche Schönfeld erhielt, sind hieher 2 Aerzte zur Unterstützung ihrer Kollegen und 2 Apotheker gesendet worden, während 5 barmherzige Schwestern dahin eilten, und in Wertheim, Freudenberg und Kilsheim 4 Wärterinnen des babilischen Frauenvereins thätig sind.

Neuere Vorkommnisse in Rastatt, Weinheim, Hörden bei Gerolsbach, wenn auch begründet, können doch bei ihrer Verengung noch keine ernstliche Besorgniß erregen.

München, 22. Sept. (Sch. M.) Der König und die Königin-Mutter werden im Lauf dieser Woche das Schloß Hohenschwangau beziehen und bis zum Eintritt der rauhen Jahreszeit daselbst wohnen bleiben. Der greise König Ludwig aber wird den Winter über wieder nach Rom ziehen.

Frankfurt, 25. Sept. Zu der Kommission, welche nach Art. 7 des Prager Friedensbuchs die Auseinandersetzung über das bisherige Bundesverhältniß hier zusammenzutreten soll, hat nach der „Köln. Ztg.“ die Weigerung der bisherigen Bundesregierungen, welche die Kommission überhaupt beschicken werden, ihre Bevollmächtigten schon ernannt. Es sind zu meist die früheren Bevollmächtigten bei der Militärkommission. In Augsburg sind noch immer einige ehemalige Bundesräthe Beamte mit der Ordnung des Bundesrats-Nachlasses beschäftigt und muß jedenfalls dies erledigt sein, bevor jene Liquidationskommission ihre Arbeiten beginnen kann. — Unsere Presse hat eine Vermehrung durch ein neues Blatt: „Frankfurter Bürger-Zeitung“, erhalten.

Bonn, 24. Sept. (Nürnb. Korr.) Die Verhandlungen, welche die definitive Uebnahme der auf rechtsrheinischen Gebiet befindlichen Thurn- und Taxis'schen Postanstalten durch Preußen zum Zweck haben, dürften, wie man vernimmt, nun bald ihrem Abschluß zugeführt werden. Die sehr umfangreichen Vorarbeiten sollen so weit gediehen sein, daß eine rasche schließliche Regelung dieser Angelegenheit demerklich zu erwarten ist.

Darmstadt, 24. Sept. Die telegraphisch bereits erwähnte Verordnung, die Ertheilung einer Amnestie wegen der im Jahr 1849 verübten politischen Verbrechen und Vergehen betreffend, lautet:

L u w i g II. von Gottes Gnaden Großherzog von Hessen und bei Rhein etc. etc. Wir verordnen hierdurch wie folgt: Art. 1. Strafgerichtliche Untersuchungen, die wegen der in dem Jahr 1849 verübten politischen Verbrechen und Vergehen eingeleitet und noch nicht rechtskräftig erledigt sind, werden niedergelassen. Diese Bestimmung fin-

Rundbogenpforte; an der Offseite führt eine ähnliche Pforte ins Innere der Kirche. Es stellte sich nun sofort heraus, daß die ganze kleine Halle ursprünglich mit Gemälden bedeckt war. Neben der zuletzt gedachten Pforte sind die Gestalten der Apostel Petrus und Paulus zu Tage gekommen, jener mit seinem riesigen himmlischen Haupt, dieser mit dem Schwert in der Rechten, beide eigentlich als Hüter des Eingangs ins Heiligthum, vielleicht hier in spezieller Funktion als ehemalige Patrone der Kirche. Neben dem westlichen Eingang haben sich Theile einer stehenden weiblichen Figur mit gestochener turbanartiger Kopfbedeckung, ein Salzgefäß in der Hand haltend, gezeigt; wahrscheinlich Magdalena, als deren Gegenüber denn Christus anzunehmen wäre, von welchem indes nur geringe Ueberreste zu entdecken sind. Auch die südliche Wand der Halle hatte ihren Bildschmuck: am östlichen Ende, dicht beim h. Paulus, ist ein liebliches Köpchen, ein linker Arm mit dem Rad, eine rechte Hand mit dem Schwert zu Tage getreten: also Fragmente einer anmutigen h. Katharina. Auch das Tonnengewölbe hatte seinen Schmuck: eine Reihe rother achtschrägiger Sterne, darüber der Anfang einer eben solchen Reihe in Schwarz sind von der Lände losgeschält worden. So mag der ganze Raum ehemals einen heitern und würdigen Eindruck gemacht haben — bis auf die Nordseite, welche der Stimmung das Element eines heilsamen Grauens hinzufügen sollte.

An dieser Nordwand findet sich nämlich das Totentanzbild. Die Seite des Untergangs, der Nacht, das Reich des ewig Lichtlosen war gewöhnlich diesen Darstellungen gewidmet. So in Lübeck, so in Berlin, so, wie ich nachgewiesen habe, an manchen andern Orten. Die Anordnung der Gestalten führt diesen Gedanken konsequent durch; denn die drei Gerippe kommen von Westen her, die drei Könige treten ihnen von Osten entgegen. Jede Figur ist, nach der naiven typographischen Anordnung jener alten Kunst, die von der Muttermilk der Architektur allein sich näherte, abgeleitet für sich hingestellt, alle in ruhigem Schreiten, mit maßvollen Bewegungen und schüchternen

bet auch dann Anwendung, wenn durch eine unter Absatz 1 fallende Handlung oder zum Zweck einer solchen Handlung zugleich eine Verletzung der Person oder des Eigenthums begangen worden ist. — Art. 2. Gegenwärtige Verordnung tritt mit der Verkündung im Regierungsblatt in Wirksamkeit. Urkundlich unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedrückten groß. Siegels. — Worms, den 19. September 1866. (L. S.) Ludwig v. Lindelo.

Mainz, 24. Sept. (Fr. Z.) Die Untersuchung gegen die Landwehrmänner des 32. Regiments ist auf höhern Befehl suspendirt worden. Dieselben werden morgen in ihre Heimath instradirt werden. Die Entscheidung gegen die Hauptbeschuldigten soll vorbehalten sein, doch wird vollständige Gnade erhofft. — Durch höchste Kabinettsordre ist die Verwaltung der Festung genau nach den preussischen Normen regulirt, d. h. vereinfacht worden. Die Funktionen der Genie- und Artilleriedirektionen werden künftig nur durch den Ingenieur- oder Artillerieoffizier vom Platz wahrgenommen werden. — Die Deklamirung der Festung hat vorerst mit dem Verbringen der Pulvervorräthe in die auf den Glacis der Außenwerke befindlichen Friedens-Pulvermagazine und der Entwaffnung der Kasteiler Werke begonnen. — Die schwankenden Verhältnisse der Kriegsperiode haben manche Begriffsverwirrung zur Folge gehabt. In Folge einer solchen ist bereits eine gerichtliche Untersuchung wegen Veruntreuung und Unterschlagung von türkischen und meiningischen Verpflegungs-Proviantsvorräthen in nicht unbedeutendem Umfang eingeleitet worden. — Die bayrischen Telegraphenleitungen zwischen Mainz, Worms und Bingen sind heute niedergelegt worden. Das preussische Telegraphenbureau wird in die Mitte der Stadt verlegt werden.

Kassel, 24. Sept. Ueber den Vertrag zwischen der preussischen Regierung und dem Kurfürsten von Hessen berichtet die „Kassel. Ztg.“: „Der Kurfürst erhält sofort ein Kapital von 600,000 Thlr., behält die Revenüen des Hausbesitzes, zieht sein sämmtliches Privatvermögen zurück, und erhält alle Einkünfte, welche durch Verpachtung etc. der zum Hausbesitz gehörigen Güter, Schlösser etc. aufkommen.“

Dresden, 24. Sept. Das „Dresden. Journ.“ schreibt heute:

Wenn wir das Stadium, in welches die Friedensverhandlungen zwischen Sachsen und Preußen eingetreten, als ein sehr günstiges bezeichnen, so bedarf dieser Ausdruck, den vielfach umlaufenden Gerüchten gegenüber, denen leider nur gar zu leicht Glauben beigemessen zu werden pflegt, einer Erläuterung, um nicht zu Mißverständnissen zu führen. Da es in Berlin bis dahin überhaupt noch nicht gelungen war, über die vorliegenden einzelnen Fragen zu speziellen Verhandlungen zu gelangen, so mußte uns der Umstand, daß über die einschlagenden militärischen Fragen seit einiger Zeit Verhandlungen begonnen und zu einer vorläufigen Verabredung geführt haben, allerdings schon als sehr günstig erscheinen, zumal dadurch auch ein Herantreten an die übrigen Fragen in nähere Aussicht gestellt wurde. Ueber den Inhalt jener vorläufigen Verabredung haben wir aber damit um so weniger ein Urtheil aussprechen wollen und können, als uns derselbe nicht einmal in zuverlässiger Weise bekannt ist, wir aber bestimmt wissen, daß es sich zur Zeit eben nur um eine vorläufige Verabredung zwischen den beiderseitigen militärischen Bevollmächtigten handelt, die noch viele Stadien zu durchlaufen hat und noch manchen Abänderungen unterliegen kann, ehe sie als endgültig festgesetzt betrachtet werden kann.

Aus Mecklenburg-Schwerin, 23. Sept. (Volks-Ztg.)

Geberden. Die Gerippe haben die Tansen, das auf den spätern Darstellungen immer lebhafter wird, noch nicht gelernt. Sie treten mit derselben ruhig abzunehmenden Geberde ihren noch in der süßen Würde des Fleisches wandelnden Kollegen entgegen; nur kleine Schattierungen unterscheiden die Gesen der dünnen Knochenhände. Das vordere Gespenst hebt beide Hände warnend empor als verständlichen Kommentar zu der auf einem Spruchband dabei angebrachten freundlichen Anrede: »(Was) erschrickst du ab mir, der wir sint das werdend ir.« Solche Spruchbänder steigen bogenförmig über jeder Gestalt auf und geben eine feste rhythmisch architektonische Stüderung. Die Buchstaben zeigen den Charakter der gotischen Majuskelschrift, die schon im Lauf des 14. Jahrhunderts durch die spätere Minuskel verdrängt wird. Von dem zweiten Gerippe sind nur die oberen Theile erhalten, und von der Inschrift, deren Band es mit der rechten Knochenhand emporhebt, liest man nur: »Es vermah... (mich) als klein, die würde nagent mein hein.« Der dritte dieser unheimlichen Kameraden hebt wieder beide Hände warnend empor und sagt dazu: »... das rat ich dir wol, die welt ist aller boshet (voll).« (Fortsetzung folgt.)

* Der Ertrag der amerikanischen Petroleumquellen, welcher im vergangenen Jahr vornehmlich durch die Strenge des Winters etwas abgenommen hatte, ist im laufenden Jahre ganz beträchtlich gestiegen. Während derselbe im Jahr 1865 nur ungefähr 6500 Barrel täglich betrug, beträgt er von Anfang dieses Jahres bis gegen Mitte Juli nicht weniger als täglich 10,000 B. Man glaubt, daß wegen des Sinkens der Preise der kommerzielle Werth des diesjährigen Ertrags den des vorigen Jahres nicht viel übersteigen wird, rechnet aber darauf, daß die größere Wohlthat dem Artikel Eingang auf vielen neuen Märkten verschaffen werde.

Ein Totentanz in Badenweiler.

(Fortsetzung aus Nr. 229.)

In jener Sage von den drei Lebenden und den drei Todten ist lediglich der Nachdruck auf den Gedanken der irdischen Vergänglichkeit gelegt. Dem deutschen Norden mit seiner seit dem 14. Jahrhundert unauflöslich aufstrebenden städtisch-bürgerlichen Kultur, seinem demokratischen Gemeingefühl, war es vorbehalten, aus jener Idee eine weitere Folgekreise zu ziehen. Die deutschen Totentänze, soweit wir sie bis jetzt kennen, beginnen gleich mit einem Reigen von 24 Paaren. Vom Papst und Kaiser bis herab zum Bettler, vom Greis bis zum unmündigen Kinde, das im alten Lächerliche so rührend zum Tode sagt:

Du, wo schalst du dat verlan;
Ist schal danzen und kann nicht gan.“

alle Stände, Geschlechter, Lebensalter müssen mit hinein in den graufigen Reigen. Der Tod erscheint hier als der Gleichmacher, und diesen Gedanken führt die demokratische Gesinnung des Nordens in das alte Thema ein, während im romanischen Süden, wo der Unterschied der Stände nicht so scharf empfunden wird, diese Entwicklung des Totentanzes keine Stätte zu finden scheint.

Aus diesen Andeutungen wird man ermessen, mit welcher Aufmerksamkeit ich in dem pflüchlich vor mich tretenden Totentanz von Badenweiler die erste Spur jener einfacheren, älteren, mehr dem Süden eigentümlichen Sattung der Totentänze auf deutschem Boden begrüßte. Ich wendete einige Tage auf die völlige Vereinerung des Bildes von der später über dasselbe geworfenen Länddecke; ich zeichnete das Ganze, pausete die wichtigsten Köpfe, suchte die Inschriften zu entziffern, und will nun in kurzen Worten die wesentlichen Elemente dieser merkwürdigen Komposition allgemeiner bekannt machen.

Die Turmhalle bildet ein Rechteck von etwa 14 Fuß Länge und 11 Fuß Breite. An der Westseite öffnet sie sich nach außen durch eine

Endlich läßt sich der ministerielle „Nordb. Korresp.“ herbei, den Feindstücken die Annahme des Bündnisvertrages mit Preußen zu empfehlen. Höchst interessant sind die dafür angeführten Gründe. Die altständische Verfassung sei in Gefahr. Die Zeitströmung sei derselben nicht günstig. „Nicht bloß mit Fürstengeschlechtern, auch mit rechtsbeständigen Verfassungen wird heutzutage sehr kurzer Prozeß gemacht, sobald sie dort, wo die Macht ist, unbecom werden.“ Eine gänzliche Ablehnung der Regierungsvorlage wäre unverantwortlich und das sicherste Mittel, „um der kleinen Nationalvereins-Partei in unserm Lande eine mächtige Bundesgenossenschaft zu verschaffen.“ Indem aber die Stände der preussischen Forderung bezüglich des Parlaments sich fügen, dürfen und müssen sie offen erklären, „daß sie den betretenen Weg für einen gefährlichen und falschen erkennen, und daß nur die Pflicht, das Land vor einem Konflikt mit seinem mächtigeren Nachbar zu bewahren, ihren Beschluß geleitet habe.“

Berlin, 24. Sept. Das neueste „Milit.-Woch.-Bl.“ bringt zahlreiche Personalveränderungen, welche durch die Zurückführung des Heeres auf den Friedensstand veranlaßt sind. In erster Reihe werden die Kommandoverbände der Kriegsformation wieder aufgelöst. Es bestehen nicht mehr eine 1. und eine 2. Armee mit ihren Oberkommandos. Der Prinz Friedrich Karl, bisher Oberbefehlshaber der 1. Armee, tritt in seine frühere Stellung als kommandirender General des 3. Armeekorps zurück, und verbindet damit die von Sr. Maj. dem König neuerdings ihm verliehene Stelle eines Inspektors der gesammten Kavallerie. Auch der Kronprinz ist von dem Posten als Oberbefehlshaber der 2. Armee, und zugleich von dem als Militärgouverneur von Schlesien entbunden und übernimmt wieder das Generalkommando des 2. Armeekorps. Ebenso wie die beiden großen Armeen sind die Kommandoverbände der Main-Armee, der zwei neuerrichteten Reservekorps und der abgesonderten Kavalleriekorps aufgelöst worden. Derselben gehen die von der Kriegsformation bedingten Kommandostellen der besonderen Infanteriedivisionen wieder ein. Der bisherige Oberbefehlshaber der Main-Armee, General der Kavallerie v. Mantuffel, ist unter Entbindung von diesem Posten, sowie von seinem Verhältnis als Gouverneur der Elbherzogthümer zum kommandirenden General der Truppen in den Elbherzogthümern ernannt. Unter ihm hat der Generalmajor v. Rosenberg-Gruszcynski, bisher Kommandeur der Garde-Landwehr-Infanteriedivision im 1. Reserve-Armeekorps, die Stelle als Kommandeur der kombinierten Division in den Elbherzogthümern erhalten. Die früheren Divisionskommandeure, welche während des Kriegs meistens das Kommando von Infanteriedivisionen führten, sind zum größten Theil in ihre früheren Stellungen zurückgetreten. Einige derselben, wie der Generalleutnant v. Horn, bisher Kommandeur der 8. Division, sind zu den „Offizieren von der Armee“ versetzt, d. h. sie haben für jetzt keine bestimmte aktive Stellung. In diesem Verhältnis befindet sich u. A. auch der Generalleutnant Graf v. Monts, welcher von den Funktionen als stellvertretender kommandirender General des 6. Armeekorps und zugleich von seiner bisherigen Stellung als Direktor der Kriegsakademie entbunden worden ist. Ebenso sind die Generalmajor v. Münch und v. Deck, sowie der bisherige Generalstabschef beim Oberkommando der 2. Armee, Generalmajor v. Blumenthal, nebst mehreren Anderen zu den Offizieren von der Armee versetzt. Der Generalmajor v. Röder ist Inspektor der Besatzung von Mainz, der Generalmajor v. Flics Kommandant von Altona, und der Generalmajor v. Beyer Kommandant von Frankfurt a. M. geworden. Gleichzeitig mit den Kommandoverbänden der Kriegsformation sind auch die Generalsstäbe dieser Kommandos aufgelöst. Als Folge davon zeigen sich sehr zahlreiche Personalveränderungen. Nicht minder zahlreich sind die Veränderungen, welche in der Wiederaufhebung der Kommandostellen von Landwehr-Regimenten ihren Grund haben. — J. Maj. die Königin wird morgen Abend wieder nach Baden-Baden abreisen, um daselbst noch einige Wochen zu verbleiben.

Berlin, 24. Sept. (Fr. J.) Das Abgeordnetenhaus verlagte heute nach vierstündiger Debatte seine Genehmigung zu dem Verkauf der westphälischen Staatsbahn. Die Regierungsvorlage wurde von den westphälischen und nieder-rheinischen Abgeordneten, wie Hammacher, Becker, Berger (Solingen), Hartort und zuletzt auch v. Vincke-Hagen, bekämpft. Nach der schwachen Vertheidigung, welche sie vom Ministerium fand, mußte man annehmen, daß Hr. v. Vincke Recht hatte, als er meinte, der Regierung würde es wohl nicht allzu unangenehm sein, von den unter ungünstigen Zeitverhältnissen mit der bergisch-märkischen Gesellschaft abgeschlossenen Präliminarien loszukommen. Die Opposition sprach sich, wie es namentlich Hammacher scharf hervorhob, nicht gegen den Uebergang der Bahn in Privatbesitz überhaupt aus, sondern hielt nur den gegenwärtigen Moment und die vorliegenden Bedingungen zur Veräußerung für nicht geeignet. Würde dagegen der Handelsminister eine Vorlage über die Veräußerung nicht bloß der westphälischen Bahn, sondern aller Staatsbahnen zwischen Frankfurt a. M. und Emden einbringen, so dürfte er einer großen Majorität sicher sein. Der Handelsminister erklärte übrigens die Veräußerung einzelner Bahnstrecken in den neu erworbenen Landestheilen als nicht unmöglich. Das vom Abg. Becker im Anschluß hieran zur Sprache gebrachte Gerücht, als werde die Veräußerung der nassauischen Staatsbahn an die Rheinische Gesellschaft beabsichtigt, bezeichnete Hr. v. Ipenplitz dagegen als durchaus unbegründet. Höchst originell war die Art und Weise, wie der Handelsminister sich für das Nebeneinanderbestehen der Privat- und Staatsbahnen, als dem Prinzip der Konkurrenz am meisten entsprechend, aussprach; das Geheimniß dieses Systems besteht, wie Hr. v. Ipenplitz offenherzig auseinandersetzte, darin, daß der Minister die Privatbahnen zur Ermäßigung der Tarife zwingt, indem er den Staatsbahnen „befiehlt“, die Tarife auf den Konkurrenzstrecken zu ermäßigen. Für die Regierungsvorlage sprach von der Linken nur Michaelis; das von ihm

hervorgehobene Prinzip, Alles zu unterstützen, was die Staatsindustrie vermindern könne, schlug bei den Freunden der Privatindustrie in diesem Fall nicht durch, weil die westphälische Bahn auch nach ihrer Veräußerung unter Staatsverwaltung bleibt, da unter dieser ja auch die Kaiserin, die bergisch-märkische Bahn, steht. Allgemein wurde es bemerkt, daß auch der frühere Finanzminister v. Bodelschwingh gegen die Veräußerung stimmte. Man erzählt sich bekanntlich, daß damals sein Widerspruch gegen das Kaufgeschäft einen Hauptgrund zur Einreichung seiner Demission abgegeben habe. Auch den heute in Wegfall gekommenen Kaufpreis hat die Regierung in ihrer Kreditvorlage mitgerechnet. Es steht daher zu erwarten, daß von konservativer Seite morgen ein Amendement eingebracht wird, welches, diesem Ausfall entsprechend, die Forderung der Schatzanweisungen von 30 auf 15 Mill. vermindert, dagegen die Ziffer der Anleihe von 30 auf 45 Millionen erhöht. Nach dem Amendement Lafer sollen nach Fällung des Staatschatzes bis zu 30 Millionen die weitem dem Staatschatz geleglich zugewiesenen Einnahmen nicht bloß auf dem Einnahmetat im Staatshaushalt erscheinen, sondern, falls nicht bestimmte Ausgaben darauf angewiesen werden, zur Staatsschuldentilgung verwendet werden. Für den Kommissionsantrag, welcher von der Fällung des Staatschatzes gänzlich absteht, sind nur wenige Redner eingetragen, nicht weil man diesen Antrag für unangemessen hält, sondern weil man die Hoffnung bereits aufgegeben hat, für denselben eine Majorität zu erhalten.

Berlin, 25. Sept. Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom 25. Sept. (Köln. Ztg.)

Die Debatte über die Anleiheforderung wird fortgesetzt. Der Finanzminister: Ich habe in der Kommission den Vorschlag derselben unannehmbar genannt; diese Worte sind als harte bezeichnet worden. Sie sollten es nicht sein. Ich hielt mich nur verpflichtet, mit Rücksicht auf die ernste Lage den Regierungsansuchen Ausdruck zu geben. Die Regierung ist der festen Zuversicht, das Haus werde nicht die Verantwortlichkeit dafür übernehmen wollen, der Regierung diejenige Unterstützung zu verweigern, deren sie bedarf, um so mehr, da sie sich mit beiden Häusern des Landtages über den einzuschlagenden Weg in Uebereinstimmung befindet. Ich bebaure, daß der Ministerpräsident verhindert ist, persönlich zu erscheinen, und darf erklären, daß derselbe gleichfalls lebhaft seine Abwesenheit bedauert. Unsere Lage ist noch keine fertige, abgeschlossene. Der Friede ist mit Oesterreich und den süddeutschen Staaten geschlossen, aber noch nicht mit Sachsen, welches zum engem Norddeutschen Bunde gehört. Die Beziehungen des Norddeutschen Bundes zu Süddeutschland bleiben noch zu regeln. So lange dies nicht geschieht, ist die deutsche Frage noch nicht gelöst, und Preußen muß bereit sein, zu vertheidigen, was es erworben hat, und den Kampf dafür wieder aufzunehmen in jedem Augenblick. Bei solchem Zustand spielt das Unvorhergesehene oft eine Hauptrolle. Es ist nicht mit Unrecht gesagt, daß an die Stelle des alten Systems das Prinzip der Freiheit treten müsse. Fast alle großen Staaten sind besorgt mit diesen Freiheiten, Preußen ist darin rühmlich vorangegangen, — aber — eine Hauptfrage scheint mir die Finanzfrage. Jetzt mehr als jemals muß Preußen jeden Augenblick bereit sein, das volle Gewicht seiner militärischen Macht in die Waagschale zu legen, ohne Zögern und Zaudern. Ein Verpassen des rechten Augenblicks kann die Aufgabe Preußens um viele Jahre hinauschieben, ja, die Existenz Preußens von neuem bedrohen. Wer in solchem Zustand fähig sein will, einen Krisenpunkt zu bilden, den Augenblick zu beherrschen, der muß nicht erst Geld suchen, sondern bereit haben. Die Hand am Schwert und den Geldbeutel gefüllt! Die Regierung glaubt deshalb, den Staatschatz füllen zu müssen. Sie begrüßt den Antrag Michaelis-Roepell als einen entgegenkommenden Weg. Die Regierung legt großen Werth auf die Zustimmung der Landesvertretung zur Fällung des Staatschatzes. Ich habe mich in der Kommission bereits mit der Maximalsumme von 40 Millionen einverstanden erklärt, deshalb wäre die Annahme des Amendements Strachwitz wünschenswerther, andernfalls würde die Regierung auch den Antrag von Michaelis-Roepell acceptiren, weil sie den verbündeten Staaten Norddeutschlands einen Zuschuß zu dem Kriegsschatz abfordern wird. Auch gegen das Amendement Lafer hat die Regierung nichts einzuwenden; sie hofft, ihr entgegenkommen beizubringen und ein Einverständnis erzielt zu haben.

Graf Bischoff tritt ein, obgleich der Finanzminister seine Abwesenheit vorher entschuldigt hat.

Graf Bischoff: Ich bin leider nicht im Stande, dieser Debatte so zu folgen, wie ich es wünschte, möchte Sie aber bitten, diese Vorlage nicht vom rechnungsmäßigen, sondern nur vom politischen Standpunkt aufzufassen. Sie sollen beweisen, ob Sie mit der Fällung der auswärtigen Politik einverstanden sind und ob Sie die Regierung in den Stand setzen wollen, festzuhalten und zu vertheidigen, was wir bisher errungen haben. Leider läßt es sich zur Zeit nicht übersehen, wie weit es möglich sein wird. Amtliche Rundgebungen bezugen, daß der Geist der Versöhnlichkeit mit dem Friedensschluß noch nicht in die kaiserliche Hofburg eingezogen ist. Sie kennen die Lage im Orient; hoffen wir, daß die Frage sich friedlich entwickeln wird; leicht aber könnte sie zu einer ernsthaften europäischen Konstellation führen, und wie sollen wir einer solchen entgegengetreten, wenn wir von Jönen nicht die Vollmacht erlangen, über ausreichende Mittel zu verfügen? Sollen wir erst in Zeiten der Gefahr eine Anleihe aufnehmen, wo der Geldmarkt schlecht steht, oder, wo er, wie im letzten Frühjahr, gar nicht vorhanden war? Wo jede Rundgebung dazu dient, die Spannung zu erhöhen, die Gefahren zu fördern? Wo Schweigen das einzige Mittel ist, und Sprechen Gefahr bedeutet? Treten nicht solche Fälle ein, so können und ich verpasse es Ihnen im Namen der Regierung, so sollen keine Mittel zur Verwendung kommen, als von der Landesvertretung bewilligte. Wir hätten uns im letzten Frühjahr nicht helfen können, wenn wir nicht den gefüllten Kriegsschatz gehabt hätten; aber, was wir herausgenommen, zu ersetzen, ist unabwendbare Nothwendigkeit. Der Ueberfluß soll jedenfalls nur verwendet werden, wenn es die Landesvertretung fordert und bewilligt. Beizuhilfen Sie durch Ihre Bewilligung den Geist der Versöhnung. Lassen Sie die Absicht, die auswärtige Politik, welcher Sie vielfache Beweise Ihrer Zustimmung geben, zu unterstützen, zur Thatfache werden, so daß es uns möglich wird, durch Ihr Vertrauen die Politik wie bisher fortzuführen. Der Hr. Finanzminister hat Ihnen schon gesagt, und ich wiederhole es, daß die Regierung mit dem Amende-

ment Michaelis-Roepell einverstanden ist. (Lebhafter Beifall rechts; Graf Bischoff verläßt den Saal.)

Bei der Abstimmung wird § 1 der Regierungsvorlage angenommen. Die §§ 2 bis 5 werden gemäß dem Amendement Michaelis mit 230 gegen 73 Stimmen genehmigt. Dagegen stimmten die Polen, das katholische Centrum, und Einige aus der Fortschrittspartei. Das Amendement Zweiten wurde abgelehnt, die §§ 6 und 7 der Regierungsvorlage, sowie Ueberschrift und Einleitung angenommen, und schließlich das ganze Gesetz mit großer Majorität.

Berlin, 25. Sept. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt: „Gegenüber den vielfach in sächsischen Blättern verbreiteten Nachrichten, daß die Verhandlungen der Bevollmächtigten Preußens und Sachsens unerwartet zu einer Vereinbarung über sehr günstige Friedensbedingungen für das Königreich Sachsen geführt hätten, können wir versichern, daß diese Verhandlungen überhaupt bis jetzt zu keinem Abschluß geblieben sind, und daß der bisherige Verlauf der beiderseitigen Erdörterungen noch nicht übersehen läßt, welches Resultat schließlich erzielt werden kann.“

Berlin, 25. Sept. (Köln. Ztg.) Zuverlässigen Nachrichten aus Wien zufolge hat General Menabrea neuerdings einen Vorschlag gemacht, der, von Preußen und Frankreich unterstützt, wahrscheinlich von Oesterreich angenommen wird, falls es noch nicht geschehen ist. Gestern wurde die Unterzeichnung des Friedens als bevorstehend angesehen.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt: „Der Ministerpräsident wird sich heute Abend nach Vorpommern begeben und dort einige Zeit Banbauenthalt nehmen.“

Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt: „Die Vertagung des Landtages dürfte bevorstehen und bis zum 15. November dauern.“

Der „Staats-Anz.“ veröffentlicht das die Indemnität ertheilende Gesetz und meldet nichtamtlich, daß Sr. Maj. der König heute die nassauische Deputation empfangen habe.

Oesterreichische Monarchie.

Prag, 25. Sept. (Presse.) Graf Albert Nostitz ist nach dem „Tagesboten“ an Stelle des Grafen Reich zum Oberst-Landmarschall von Böhmen designirt. — Die Regierung hat drei Millionen zum böhmischen Nordbahn-Bau angewiesen. Die Bauunternehmer haben bereits Vorbereitungen getroffen, um den Bau noch diesen Herbst anzufangen zu können. Die Industriegegenstände sind darüber hoch erfreut.

Wien, 24. Sept. Verhandlungen über weitere Gebietserwerbungen haben hier zwischen dem österreichischen und italienischen Friedensbevollmächtigten nicht stattgefunden. Es fielen freilich im Beginn der Konferenzen dahin zielende Aeußerungen von italienischer Seite; man war indeß von Seiten Oesterreichs, mit Hinweisung auf den unter ausdrücklicher Zustimmung Italiens zu Stande gekommenen Prager Frieden, in der Lage, einfach betonen zu können, daß das bisherige lombardisch-venezianische Königreich, aber auch nichts weiter, abgetreten worden. Seitdem ist der Gegenstand gar nicht wieder zur Sprache gebracht worden. Dies schließt indeß nicht aus, daß nicht — und darüber scheint man sich bereits verständigt zu haben — unmittelbar nach dem Abschluß des Friedens eine österreichisch-italienische Kommission zusammenetrete, um vielleicht hier und da kleine Gebietstheile auszutauschen, welche die bisherige reine Administrationsgrenze den Bedürfnissen der neu geschaffenen Lage entsprechender zu regeln gestatteten.

Frankreich.

* Paris, 25. Sept. Der kleine „Moniteur“ schreibt: „Wiewohl die Friedensunterhandlungen zwischen Preußen und Sachsen nicht so weit vorgerückt sind, wie verschiedene Wiener und Dresdener Blätter kürzlich versichert hatten, so glaubt man doch, daß sie auf dem besten Wege sind. Die Hauptschwierigkeit soll davon kommen, daß die preussische Regierung eine Garnison ihrer Truppen auf den Königstein zu legen begehrt.“ — Dasselbe Blatt veröffentlicht einige Depeschen aus Roulin, denen zufolge das Wasser des Allier, der Yonne und einer großen Anzahl kleinerer Flüsse im mittleren Frankreich stark gestiegen ist. Man sieht auf einem bedeutenden Steigen der Seine entgegen. Cher und Loire sind gleichfalls übergetreten.

Der „Moniteur“ bestätigt auf Grund der Mittheilungen der offiziellen Zeitung von Florenz hin, daß es mit dem Aufstand zu Palermo zu Ende ist. Die Stadt ist besetzt und die Banden sind auf der Flucht.

Die „Patrie“ erfährt durch Depeschen aus Canca, daß sich unter den Insurgenten von Candia eine Spaltung gebildet hat. Eine große Anzahl derselben hatte sich entschlossen, mit Kiritli-Mustapha-Pascha zu unterhandeln. Eine nach Griechenland abgehende Deputation war zurückgekommen und hatte die Nachricht gebracht, daß die griechische Regierung freilich mit den Kretanern sympathisire, aber dennoch entschlossen sei, neutral zu bleiben. Wie der „Etenbard“ meldet, sollen, nach den letzten Nachrichten aus Creta, die Aufständischen über die türkischen und ägyptischen Truppen den Sieg davongetragen haben. England scheint in dieser Angelegenheit eine ziemlich thätige Rolle gespielt zu haben, fügt der „Etenbard“ bei. — Dasselbe Blatt hört von Gerüchten, denen zufolge zahlreiche Banden amerikanischer Abenteurer sich von Suarez hätten anwerben lassen.

Wie die „Patrie“ meldet, wird der Marquis v. Mousier Donnerstag auf dem Post-Paketboot „Amerique“ in Marseille ankommen und von da direkt nach Biarritz reisen. In den ersten Tagen Octobers wird der neue Minister des Auswärtigen in Paris eintreffen. — Rente 69.40, Cred. mob. 672.50, ital. Anl. 57.15.

Belgien.

Brüssel, 24. Sept. (Köln. Ztg.) Obgleich die Septembere-reise auf den Oktober verlegt wurden und bloß die Todtenfeier gestern in üblicher Weise stattfand, so feierten doch aus alter Gewohnheit viele Arbeiter und füllten die

Straßen auch am Montag. Der König ging am 23. schon nach Ostende, wo große Uferbauten im Werke sind. Die Kaiserin Charlotte wird zum 11. Oktober, also zur Jahresfeier des Sterbetages ihrer Mutter, in Laeken erwartet.

Niederlande.

Aus dem Haag, 22. Sept. Nach der „Indep. Belge“ verlangt die niederländische Regierung, daß die Verhandlungen über die künftige Stellung Luxemburgs und Limburgs getrennt geführt würden, und der König der Niederlande wolle nach der Auflösung des Deutschen Bundes nicht bloß Limburg, sondern auch Luxemburg als völlig unabhängig betrachtet wissen. Der König habe, um dieser Erklärung größeren Nachdruck zu geben, seinen Bruder, den Prinzen Heinrich, neuerdings nach Luxemburg geschickt, um dort seine Interessen den preussischen Forderungen gegenüber spezieller wahrzunehmen. Preußen behauptet im Gegentheil, daß zwischen der Stellung Limburgs und Luxemburgs eine Solidarität bestehe, und wolle in die Lösung Limburgs von Deutschland durch eine Spezialkonvention nur unter der Bedingung einwilligen, daß Luxemburg in den Norddeutschen Bund trete und ihm sein Besatzungsrecht in der Festung erhalten bleibe. Der König der Niederlande habe nun die freundschaftliche Vermittelung des Kaisers Napoleon angeregt, „mit welchem er stets die besten Beziehungen unterhalten habe und der ihm auch diesmal seinen Beistand nicht versagt zu haben scheint.“

Amerika.

***New-York, 14. Sept. (Mit dem „Belgian.“)** Der Präsident Johnson ist in Louisville und Cincinnati mit großer Begeisterung aufgenommen worden. Dagegen wurde er in Pittsburg schlecht empfangen. Der „Gerald“ hat aufgehört, Herrn Johnson zu unterstützen. In Canada herrscht eine große Aufregung. Man befürchtet dort einen neuen Angriff der Fenier.

* In Canada werden ausgedehnte militärische Vorbereitungen gegen die befürchtete Fenierinvasion getroffen. Man organisiert fliegende Kolonnen von je 500 Mann regulärer Truppen, 1000 Freiwilligen und einer halben Batterie. Die Freiwilligen sollen mit Hinterladungsgewehren ausgerüstet werden.

Heberlandpost.

***Pointe de Galles, 18. Sept.** Man hat Nachrichten von Melbourne (Australien) vom 26. August. Der neue Gouverneur der Provinz Victoria war angekommen; man hatte ihm einen herzlichen Empfang bereitet. Das australische Parlament ist bis auf den 2. Okt. prorogiert worden. Es ist ein neues Ministerium gebildet worden. — Man meldet aus Neu-Seeland, daß bei den Eingebornen von Taronaki das Mißvergnügen fortkährt.

Baden.

Basel, 25. Sept. Das hiesige „Wochenblatt“ schreibt: Es sind gegenwärtig über den Gesundheitszustand der hiesigen Stadt, namentlich bezüglich des Auftretens der Cholera, die übertriebenen und beunruhigenden Gerüchte auswärts verbreitet. Wir halten uns verpflichtet, diesen entgegenzutreten. Nach zuverlässigen amtlichen Mitteilungen erfolgten bis jetzt drei Erkrankungsfälle an der Brechruhr, einer am 15. d. M., dann zwei vom 17. auf den 18. d. M. Im ersten Fall erfolgte die Genesung, in den beiden andern Fällen der Tod. Seit dem 18. Sept. kamen glücklicher Weise keine weiteren Erkrankungsfälle mehr vor. Es ist demnach noch kein Grund vorhanden, ernstere Besorgnisse wegen des Umsichgreifens dieser Krankheit zu hegen, wiewohl es dringend geboten war, die umfassendsten Vorkehrungsmaßregeln, wie dies auch von den groß. Behörden gesehen ist, zu treffen, und die Beobachtung eines angemessenen diätetischen Verhaltens, wie solches in einer veröffentlichten Belehrung des groß. Bezirksrates angetragen ist, zu empfehlen.

Baden, 25. Sept. Heute tagte dahier zur Abhaltung ihrer regelmäßigen Jahresversammlung die badische Apothekergesellschaft im Saale des neuen Rathhauses, der ihr von der Gemeindebehörde bereitwillig zu diesem Zweck eingeräumt worden war. Als nächster Versammlungsort wurde Freiburg mit großer Stimmenmehrheit gewählt. — Im Fremdenverkehr ist noch ungemein viel Leben in Anbetracht der so weit vorgeschrittenen Jahreszeit, und von den noch zahlreich anwesenden Kurgästen werden die günstigen Tage weit häufiger zu Ausflügen in die nähere und fernere Umgebung der Stadt benutzt, als es während des früheren Theils der Saison der Fall war. Unter den eintreffenden Fremden bilden Deutsche den vorwiegend größten Theil, eine nicht gewöhnliche Erscheinung, die wohl in den Ereignissen des Sommers ihren Grund hat. In der letzten Zeit waren unter den fremden Gästen als neu angekommen zu bemerken der Herzog Friedrich von Augustenburg und die Prinzen Philipp, Karl und Heinrich von Hanau, ebenso die Barone v. Rothschild aus Neapel und Wien. Graf Karolvi übernachtete auf seiner Reise nach Biarritz in unserer Stadt. Die Gesamt-Fremdenzahl hat nahezu die Höhe von 30,000 erreicht.

Vermischte Nachrichten.

Konstanz, 25. Sept. (Konst. Btg.) Die diesjährige Herbstmesse war, sowohl was die Menge der zugeführten Gegenstände, als die des besuchenden Publikums betrifft, eine außerordentlich belebte. Einen Menschenjandrang, wie den am Regmontag, hat Konstanz seit lange nicht leicht erlebt, und blieb der Verkehr bis zu den letzten Tagen ein verhältnismäßig ansehnlicher. Dem entspricht auch die Masse der wozugenen Umsätze; nur über das Holz- und insbesondere das Fischgeschäft wird geklagt, während umgekehrt die Kübelerwaren in außerordentlicher Menge eingebracht waren und sehr raschen Absatz fanden. Auch der Lebermarkt zeigte eine erfreuliche, stätig fortschreitende Steigerung. Während im Herbst 64 nur 155 Ztr., im Herbst 65 317 Ztr., bei der diesjährigen Ostermesse 335 Ztr. verkauft wurden, betrug der diesmalige Absatz 386 1/2 Ztr.

Von der Schweizergrenze, 24. Sept. (Zürich. Btg.) Die Direktion der Schweizerischen Nordostbahn veranfaltete gestern einen Vergnügungszug von Waldshut nach Luzern um den sehr billigen Preis von 1 fl. 10 kr. 3. Klasse und 1 fl. 52 kr. 2. Klasse, Retourfahrt mit inbegriffen, also kaum ein Fünftel des tar-

rifräßigen Betrags. Die Beilegung an der Fahrt war eine sehr bedeutende. Die Abfahrt in Waldshut Morgens 6 Uhr, die Ankunft in Luzern 1/2 10 Uhr, wo gleich die Gelegenheit geboten war, um ein Frant mit Retour den ganzen Vierwaldstätter See bis Flüelen befahren zu können, um 1/4 Uhr wieder in Luzern und um 1/9 Uhr in Waldshut. Um 1 fl. 38 kr. war es dadurch möglich, eine Reise von etwa 72 Stunden zu machen und einen interessanten Theil der Schweiz, Rigi, Tello-Kapelle, Mülli u. s. w. kennen zu lernen.

Stuttgart, 23. Sept. Gestern trat hier auf Veranlassung des geschäftsleitenden Ausschusses das Landeskomitee der deutschen Partei zu einer Plenarsitzung zusammen, um das auf dem Plochingen Tag begonnene Werk weiter zu entwickeln und zu organisieren. Nach Abwicklung der geschäftlichen Arbeiten ging die Versammlung zur Beratung eines Programms in den inneren Landesangelegenheiten, nachdem das Programm in der deutschen Frage bereits zu Plochingen festgelegt worden ist. Es wurde (nach dem „Sch. M.“) allgemein betont, daß die deutsche Partei nur eine entschieden freisinnige sein könne, und man einigte nach längerer Debatte sich über ein Programm, das im Eingang die Zielpunkte in der deutschen Frage zusammenfaßt und sodann als leitende Gesichtspunkte für unsere Bestrebungen in den inneren Landesangelegenheiten bezeichnet:

— Entfernung aller mittelalterlichen Trümmer aus unserm Staatsorganismus, Beseitigung jedes ungerichteten Polizeiregiments und bürokratischer Willkür, Förderung der materiellen Interessen, Hebung des Unterrichtswezens und der Volksbildung, Vereinfachung der Staatsverwaltung, und Ersparnisse im Staatshaushalt, Steuerreform, Entwicklung des Prinzips der Selbstverwaltung durch gewählte Organe des Volks. Im Einzelnen verlangen wir vor Allem: Reform der Verfassung, insbesondere sichere Feststellung der staatsbürgerlichen Rechte im Sinn der Grundrechte; Beseitigung aller Vorrechte der Geburt und des Standes bei Bildung der Landesvertretung; allgemeines direktes Wahlrecht mit geheimer Abstimmung; Aufhebung des Geheimrats. Bezüglich der Rechtsgebung bestehen wir auf endlicher Durchführung des öffentlichen und mündlichen Verfahrens im Zivil- und Strafprozeß, Aufhebung der Verwaltungsjustiz und zur Sicherung gegen Willkür auf Verabschiedung eines Polizeirechts-Gesetzes. Die Gemeindeverfassung ist im Sinn größerer Selbstständigkeit der Gemeinden gegenüber der Staatsbehörde; die weiter zu entwickeln und das Prinzip der Selbstverwaltung mittelst Einführung von Bezirksräthen und Ausschüssen auf die Bezirksverfassung auszu dehnen. Unser Herwollen hat sich nicht bewährt, es bedarf auf Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht einer durchgreifenden Reform. Die aus dem Volkserwerb sich ergebende Nothwendigkeit weiterer Heereskörper kann mit den Kräften des Landes nur dann in Einklang gebracht werden, wenn — unbeschadet der Aufstellung einer genügenden Anzahl von Berufsoffizieren — ein größerer Theil der Offiziere bürgerlichen Berufsständen entnommen und letzteren nur im Kriegsfall und für die nothwendigen Uebungen entzogen wird. Die Regierung hat eine lange Reihe von Jahren hindurch unterlassen, die längst nothwendig gewordenen Reformen in Verfassung und Verwaltung vorzunehmen; die Folge hievon ist eine verderbliche Stagnation unseres Staatslebens gewesen. Wir verlangen, daß die Regierung jetzt, nachdem durch Beseitigung der deutschen Bundesakte eines der hauptsächlichsten Hindernisse für eine gründliche Neugestaltung unseres Staatslebens seinen äußern Halt verloren hat, um so gewisser mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln das Beste nachsuchen solle. Ein Widerstand der Kammer der Standesherren gegen die Verfassungsreform kann nöthigenfalls durch Rückgriff auf das zu seiner Zeit nur thatkräftig beistehende Gesetz vom 1. Juli 1849, betreffend die Einberufung einer Versammlung von Volksvertretern zur Beratung einer Revision der Verfassung, überwunden werden. Wie wir hienüt die wesentlichsten und zunächst in Betracht kommenden Forderungen aufgestellt haben, so wollen wir nicht darauf verzichten, dieses Programm auf Grund der leitenden Gesichtspunkte je nach Bedürfnis weiter zu entwickeln. Jeder Zeit und vor allem Andern werden wir aber an der Aufgabe festhalten, die verfassungsmäßigen Rechte des Volks gegen etwaige Uebergriffe der Regierung zu vertheidigen. Wir werden auch nur einer solchen Regierung unser Vertrauen schenken, welche thatsächlich beweist, daß sie die Volkrechte unbedingt achtet und ihrerseits die von uns für unerlässlich erkannte bundesstaatliche Einigung Deutschlands anstrebt.

— Gleichzeitig hatten die H. H. Esel, Decker, Böcher, Ammermüller, Mohl, Probst u. A. eine öffentliche Einladung an diejenigen ihrer Kollegen von der Linken, die nicht der „großpreussischen Richtung“ huldig, zu einer Versammlung zu erlassen. In dieser ebenfalls gestern Abend stattgehabten Versammlung des Komitees der württembergischen „Volkspartei“ wurde, wie der „Beobachter“ meldet, beschlossen, ein Rundschreiben an die Vereine des Landes zu erlassen, in welchem dieselben, neben dem Festhalten an der bisher befolgten Politik in der deutschen Frage, aufgefordert werden, im Hinblick auf den bevorstehenden Zusammentritt der Kammer ihre Stimme zu erheben für eine rasche durchgreifende Revision der Verfassung und Wiederherstellung des Wahlgesetzes vom 1. Juli 1849, für Reorganisation des Heerwesens im Sinn des schweizerischen Volkwehrs-Systems (im Gegensatz zum preussischen System mit möglichst kurzer Präsenz bei wirklich allgemeiner Wehrpflicht); ferner soll den Vereinen der Beitritt zu der vom Gmünder Volksverein beschlossenen Petition an die Kammer empfohlen werden, betreffend Einleitung einer Untersuchung der Kriegsführung des 8. Armeekorps. Der Ausschuss spricht sich anlässlich der bevorstehenden Neubildung der Kammerparteien für eine engere Vereinigung derjenigen Abgeordneten aus, welche nicht nur in der innern, sondern auch in der deutschen Frage auf dem Boden des Programms der Volkspartei stehen.

München, 22. Sept. (Sch. M.) In dem auf die Gant gekommenen Zoologischen Garten hat gestern die erstmalige Verfertigung der Thiere stattgefunden, aber fast gar kein Resultat geliefert. Demnach wird nun eine zweite Exkursion vorgenommen, und hiebei um jeden Preis losgeschlagen. Man beklagt hier allgemein das traurige Ende eines Unternehmens, welches unbestritten eine Herde Münchens war, und das zu Grunde ging lediglich deshalb, weil ihm jede ernsthafte Unterstützung verweigert blieb.

— Bei dem Einzug der preussischen Truppen in Berlin wurde eine Batterie von einem verwundeten Unteroffizier geführt, da kein Offizier mehr dienstfähig ist. Ein diesem Truppenheil folgender Marketer mit einem Hundewagen tief allgemeine Heiterkeit hervor. Am 20. und 21. befanden sich in den Kolonnen der Truppen und an ihrer Spitze viele blinde und selbst amputirte Offiziere, die nur mühsam, selbst mit Hilfe eines Stodes, sich fortbalden oder den Säbel in der linken Hand trugen. Sie wurden stets mit enthusiastischem Hur-

rah von dem Publikum begrüßt. Beim zweiten Gardebataillon zogen hinter dem zweiten Bataillon vier Marketerinnen in Uniform. Den vierten Zug im 3. Bataillon führte ein Feldweibel, weil kein Offizier mehr marschfähig ist. Im 2. Bataillon des Kaiser-Franz Garde- Grenadierregiments Nr. 2 marschirte ein Knabe (Kehmann) in der Uniform des Regiments barfuß mit, wie er den ganzen Feldzug mitgemacht hat.

Wien, 23. Sept. Wie man der „Allg. Btg.“ schreibt, hat der Herzog von Nassau, der sich zur Zeit in Norfchach befindet, durch den Grafen Castell eine — übrigens sehr bescheidene — Villa in Thun angekauft, um für die nächste Zeit die Gastfreundschaft der Schweiz in Anspruch zu nehmen.

London, 24. Sept. Nach der Verbrennung des Kriegsschiffs „Bombay“ überwies die Admiralität die Summe von 500 Pfd. St. zur Vertheilung an die Offiziere und Mannschaft der französischen Fregatte „Afrée“ als Anerkennung des den Ueberlebenden bei jenem Unglück geleisteten Beistandes. In ebensinniger Weise haben die Betreffenden das Geschenk abgelehnt, mit der Bitte, es zur Unterstützung Derer, die durch den Untergang des „Bombay“ gelitten, zu verwenden.

London, 24. Sept. Seit drei Tagen ist in Folge des andauernden Regenwetters auf Neufundland der dortige Telegraph in unbrauchbarem Zustand und hier einstellend unterbrochen. Sonntag Mittag wird von Neufundland telegraphirt: Landlinien noch immer unterbrochen. Anhaltender Regen, ohne Aussicht auf Aufhellung. Ein späteres Telegramm meldet, daß der Sturm eine Anzahl Telegraphenstangen umgeworfen und daß es ein paar Tage erfordern würde, den Schaden auszubessern. Die Neufundland-Linie ist überhaupt durch schlechte Isolirung von solcher Beschaffenheit, daß sie bei Sturm oder Regen leicht unbrauchbar wird. Wie von amerikanischer Seite versichert wird, soll dem Uebelstand bis November abgeholfen sein.

Karlsruhe, 25. Sept. Die dritte Quartalssitzung des Schwurgerichts wurde heute Vormittag 9 Uhr unter Vorsitz des groß. Kreisgerichts-Raths Reinhard eröffnet; nur einer der 30 Hauptgeschworenen war nicht erschienen, und dieser wurde auf Grund ärztlichen Zeugnisses für entschuldigt erklärt. Die Tagesordnung führte zur Verhandlung der Anklage gegen Karl Selter von Durlach wegen Brandstiftung. Der Angeklagte, ein 48 Jahre alter Tagelöhner, der in Durlach den Dienst eines städtischen Schweine- und Gänsehirten versieht, ein überaus roher und dem Trunk ergebener Mensch, hatte namentlich in angetrunkenem Zustand häufig Streit mit seiner Ehefrau sowohl als mit den übrigen Bewohnern des städtischen Schlachthaus, in welchem er eine unentgeltliche Wohnung innehat. Die Nacht vom 24. auf den 25. Juli d. J. führte wieder einen solchen Auftritt herbei; Selter mißhandelte seine Frau, vertrieb sie aus dem Bett, worauf sie auf den Speicher flüchtete und dort die Nacht zubrachte. Bei diesem Anlaß schrieb der Angeklagte auch mehrmals, er zünde das Haus an, verbrenne die Barade u. dgl. Am andern Morgen, früh zwischen 3 und 4 Uhr, wiederholten sich die Mißhandlungen und die auf Brandstiftung bezüglichen Drohungen; gleichzeitig mit letzteren begann der Angeklagte auch sein Mobiliar, namentlich Betten, aus dem Hause wegzuschleppen und in den Häusern verschiedener Personen unterzubringen. Etwa um 7 Uhr Morgens äußerte er beim Weggehen aus einer Bierwirtschaft, in der er getrunken hatte, jetzt gehe er heim und brenne Alles zusammen. Bald darauf wurde bemerkt, daß aus der in dem von Holz gebauten zweiten Stock des Schlachthauses liegenden Wohnstube des Angeklagten Rauch hervorbrang; nachdem er anfänglich sich gewiegert hatte, die verriegelte Thür zu öffnen, ließ er sich dennoch hierzu bewegen, und nun zeigte sich, daß in der Mitte der Stube ein Haufen von Lumpen und Stroh brannte, und weiter, daß das Feuer, welches übrigens alsbald gelöscht wurde, das Gebäude selbst schon in der Weise ergriffen hatte, daß der Dielenboden im Durchmesser von etwa 1 Fuß bereits verkohlt war. Die von dem groß. Staatsanwalt Schloß vertretene Anklage behauptete, daß der Angeklagte absichtlich ein Wohngebäude in Brand gesteckt habe, daß das Verbrechen, weil das Gebäude schon durch Stimmten verzehrt zu werden angefangen hatte, erwiesen sei, daß übrigens, weil nur unbedeutender Schaden entstanden, die Strafmißbilligung des § 550 St.G.B. eintrete. Der Angeklagte gab an, er habe zufällig Streichhölzer von einem Tisch heruntergeworfen, diese hätten sich selbst und einen auf dem Boden liegenden Lumpen entzündet; gelöscht habe er nicht, weil er betrunken gewesen sei. Diese Erzählung konnte an sich und im Zusammenhalt mit den Zeugenaussagen so wenig Anspruch auf Glaubwürdigkeit machen, daß die von Hrn. Anwalt Plum geführte Vertheidigung sich derselben nicht angeschlossen, sondern der Handlung des Angeklagten andere Absichten als die der Brandstiftung unterzulegen suchte. Die Geschworenen sprachen jedoch das Schuldig im Sinn der Anklage aus, worauf Selter zu 5 Jahren Zuchthaus oder 3 1/2 Jahren Einzelhaft verurtheilt wurde; er verzichtete sofort auf die Nichtigkeitsbeschwerde.

Bremen, 24. Sept. Das Postdampfschiff des Norddeutschen Lloyd „Bremen“, Kapitän Rejnaber, hat gestern die sechste diesjährige Reise nach Neu-York via Southampton angetreten. Dasselbe nahm außer der Post 702 Passagiere und 430 Tons Ladung an Bord. Von den Passagieren reisen: 23 Erwachsene, 4 Kinder, 1 Säugling in erster Kajüte, oberer Salon. 100 Erwachsene, 23 Kinder, 6 Säuglinge im unteren Salon. 469 Erwachsene, 51 Kinder, 20 Säuglinge im Zwischendeck. Die „Bremen“ passirte gestern 11 Uhr Vormittags den Leuchthurm.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

25. Sept.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 10,03	+ 12,0	N.O.	gang bew.	trüb, kühl
Mittags 2 „	„ 10,00	+ 15,5	„	„	„ mild
Nachts 9 „	„ 10,23	13,0	„	„	„ mondhell, kühl

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Hermann Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 27. Sept. 3. Quartal. 97. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal wiederholt: **Y E**; Lustspiel in 3 Akten, von Dr. Otto Girod. Hierauf: **Fensterunterhaltungen, oder das Haus mit zwei Balkonen**; Posse in 1 Akt, nach dem Englischen von Falk.

